

**Antrag 16/I/2022****Jusos****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Ablehnung****Klimaschutz in die Kommunalverfassung**

1 Klima- und Umweltschutz, vor  
2 allem die Prävention vor dem  
3 Klimawandel und seinen Folgen  
4 sind eine der größten Aufga-  
5 ben unserer Zeit. Wir leben über  
6 unseren natürlichen Ressourcen,  
7 nutzen klimaschädliche Antriebe  
8 im Verkehr und produzieren En-  
9 ergie aus fossilen Trägern. Das zu  
10 ändern ist eine Mammutaufgabe,  
11 zu der sich Deutschland im Pa-  
12 riser Klimaabkommen 2015 ver-  
13 pflichtet hat. Wenn Deutschland  
14 aber bis 2050 klimaneutral sein  
15 will (und Brandenburg schon bis  
16 2045) und bis dahin seine Emis-  
17 sionen stark reduzieren muss,  
18 muss es auch jedes einzelne Bun-  
19 desland und damit auch jeder  
20 Kreis und jede Gemeinde.

21 Bisher sind Klima- und Umwelt-  
22 schutz keine pflichtigen Aufgaben  
23 der brandenburgischen Kommu-  
24 nen. Wir fordern, diese zu Pflicht-  
25 aufgaben zu machen.

26

**27 Begründung**

28 In der brandenburgischen Kom-

Die Kommunalverfassung ist das falsche Gesetz zur Festlegung et-  
waiger Pflichtaufgaben. Es bleibt  
zudem unklar, was Klima- und  
Umweltschutz im Sinne des An-  
trages umfasst.

29 munalverfassung werden Aufga-  
30 ben, Rechte und Pflichten der  
31 Städte und Gemeinden, sowie  
32 der Kreise festgelegt. Da Klima-  
33 und Umweltschutz bisher nicht  
34 dazu gehören, übernehmen die  
35 Kommunen diese Aufgabe frei-  
36 willig. Das heißt sie ist zunächst  
37 prioritär, da mit den vorhande-  
38 nen – und meist knappen – finan-  
39 ziellen und personellen Ressour-  
40 cen zunächst die Pflichtaufga-  
41 ben erfüllt werden müssen. Jede  
42 Kommune nimmt Klima- und Um-  
43 weltschutz daher anders wahr:  
44 Manche nehmen es nicht als ih-  
45 re Aufgabe wahr, andere machen  
46 nur begrenzt punktuelle Projek-  
47 te aufgrund weniger finanzieller  
48 Mittel und wieder andere sind  
49 Vorreiter für Modellprojekte und  
50 initiieren größere Unternehmun-  
51 gen mit knappen Ressourcen.  
52 Als Pflichtaufgabe in der Kommu-  
53 nalverfassung wird somit sicher-  
54 gestellt, dass jede Gemeinde und  
55 jeder Kreis etwas gegen den Kli-  
56 mawandel tun muss und auch,  
57 dass dafür genug finanzielle und  
58 personelle Ressourcen bereit ge-  
59 stellt werden. Das Land muss da-  
60 für entsprechend Sorge tragen.  
61 Auch wenn das hohe Kosten be-  
62 deutet: Kein Klimaschutz ist teu-

63 rer als echter Klimaschutz, wie wir  
64 an den Dürren, Waldbränden und  
65 Fluten derzeit erleben.